

Landesfamilienrat Baden-Württemberg – Auswertung (Synopsis) der Antwort der Parteien auf die Wahlprüfsteine

Themenkomplex	Fragen	Grüne	CDU	SPD	FDP	Die Linke
Familienförderung / Armutsbekämpfung		Kein Kind soll in Armut aufwachsen müssen! Soziale Ausgrenzung, Armut und besonders Kinderarmut sind eine landespolitische Herausforderung!	Familien stärken, entlasten und unterstützen. Betreuung, Bildung, Chancengerechtigkeit, Wahlfreiheit. Bekämpfung von Kinderarmut.	Unser Konzept beruht auf zwei Säulen. Geldleistungen und Infrastruktur, die Bildung und Teilhabe für alle Kinder	Eine tragfähige Wirtschaftspolitik sorgt für gute Arbeitsplätze und Gehälter.	Zentral sind Bildung, die Gleichberechtigung von Frauen* und die Bekämpfung prekärer Arbeitsverhältnisse.
	Welche Maßnahmen planen Sie zur Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut?	<p>Mit dem 1. A+R Bericht BW 2015 wurde Grundlage zur Anerkennung von Kinderarmut gelegt.</p> <p>Ideenwettbewerb „Starke Kinder – chancenreich“. Für Kinderarmut sensibilisieren.</p> <p>Landesstrategie entwickeln, die besonders stark armutsgefährdeten oder belasteten Kindern hilft.</p> <p>Wir setzen uns für eine wirksame Kindergrundsicherung ein.</p> <p>Förderung lokaler Präventionsnetzwerke.</p> <p>Kinderarmut weiter konsequent bekämpfen und einen <i>Masterplan Kinderschutz</i> auf den Weg bringen.</p>	<p>Einführung eines einkommensunabhängigen Familiengeldes.</p> <p>Einführung eines Familiensplittings in der Steuer.</p> <p>Vollumfängliche steuerliche Geltendmachung von haushaltsnahen Dienstleistungen.</p> <p>365 Euro-Ticket für Schüler und Azubis mit Geschwisterermäßigung</p>	<p>Existenzsichernde Geldleistung in Form einer Kindergrundsicherung, auf Antrag. Sie soll alle bisherigen Familienleistungen zusammenfassen – gestaffelt nach der Einkommenssituation der Eltern.</p> <p>Infrastruktur zur Sicherung von Bildung und Teilhabe für alle Kinder. Nach der Aufgabenverteilung zwischen dem Bund und den Ländern gibt es eine eindeutige Zuordnung:</p> <p>Die Länder sind für die Infrastruktur zuständig und der Bund für die Geldleistung.</p>	<p>Qualifizierung, insbesondere für AE sind Modelle wie die TZ Ausbildung sowie verlässliche Modelle der Kinderbetreuung wichtig.</p> <p>FDP hat das Konzept „Kindergeld 2.0 – das Kind im Mittelpunkt“ vorgelegt. Es fasst kindesbezogenen Leistungen zusammen. Anspruch des Kindes. Es hat drei Komponenten: einkommensunabhängiges Kindergeld/Grundbetrag, dem einkommensabhängiges Kinder-Bürgergeld (Flexibetrag) sowie Gutscheine für kindesbezogene Leistungen.</p>	<p>Gebührenfreie Kitas kostenfreies Mittagessen in Kitas und Schulen. Ganztageschulen ausbauen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sorge- und Pflegearbeit gesellschaftlich aufwerten • ÖPNV generell ticketfrei für Alle. • Der Schulweg gehört kostenfrei! • Übernahme Kosten der Unterkunft durch die Kommunen, incl. Strom und Internet. • Kindergrundsicherung, elternunabhängiges BAföG und armutsfeste Renten.

Landesfamilienrat Baden-Württemberg – Auswertung (Synopsis) der Antwort der Parteien auf die Wahlprüfsteine

	<p>Konkrete Schritte, um (benachteiligten) Familien den Zugang zu sozial- u. familienpolitischen Leistungen zu erleichtern?</p>	<p>Mit dem Landesprogramm STÄRKE unterstützen wir bereits Eltern in ihrer Alltags-, Erziehungs- und Beziehungskompetenz. Zu den Angeboten gehören kostenfreie, offene Treffs als leicht zugängliche Bildungsorte und verschiedene Angebote für Familien in besonderen Lebenssituationen. So können diese Familien zum Beispiel auf Familienbildungsfreizeiten an Bildungsangeboten teilnehmen, die speziell auf ihre jeweiligen Bedürfnisse zugeschnitten sind.</p>	<p>Viele Landkreise, Städte und Gemeinden haben bereits gute Konzepte für mehr Familien- und Kinderfreundlichkeit entwickelt. Wir wollen, dass es noch mehr werden. Dazu wollen wir gemeinsam mit den Kommunen eine landesweite Plattform schaffen, auf der Ideen ausgetauscht und Projekte vernetzt werden können.</p>	<p>Bildung kostenfrei und qualitativ gestaltet: von der Kita bis zur Meisterprüfung oder Studienabschluss.</p> <p>Ungleichheit in der Bildung beseitigen.</p> <p>Familien entlasten und die Kita-Gebühren abschaffen.</p> <p>mehr U 3-Plätze schaffen, damit der Rechtsanspruch eingelöst werden kann.</p> <p>Ganztagsgarantie vom ersten Geburtstag bis zum letzten Schultag.</p>	<p>Bürokratieabbau und umfassende Vereinfachungen.</p> <p>Vorschlag eines liberalen Bürgergelds, das die Vielzahl der öffentlichen Leistungen bündelt.</p> <p>Wir sehen keine zwingende Notwendigkeit, weitere Strukturen aus Steuermitteln aufzubauen.</p>	<p>Beratungsangebote sind zentral für die Verbesserung des Zugangs,</p> <p>Beratungsangebote ausbauen.</p> <p>Dazu Kommunen besser finanziell. Planungssicherheit für die Träger und Beratungsangebote schaffen</p>
	<p>Wie stehen Sie zur kostenlosen Schülerbeförderung?</p>	<p>2020 bereits zwei Monate die Kosten für die Schüler*innen-Abos erstattet. Ziel: Eltern und Verwaltung entlastet. Zuständig sind Stadt- und Landkreise. Ihnen steht es frei, Schüler*innen-Abos günstiger oder sogar einen kostenlosen Schüler*innen-Transport anzubieten.</p> <p>Neuer rechtlicher Rahmen, damit diese einen Mobilitätspass für ihre Bürger*innen anbieten können.</p>	<p>Einführung eines landesweiten 365-Euro-Tickets für Schüler und Azubis, mit gestaffelter Geschwisterermäßigung.</p> <p>Damit sollen Familien bei Mobilitätskosten entlastet und Nutzung des ÖPNV gefördert werden.</p>	<p>Zur weiteren Entlastung der Familien wollen wir die Kosten für die Schülerbeförderung komplett übernehmen.</p>	<p>Keine kostenlose Schülerbeförderung, aber zum Schutz finanzschwacher Familien Gespräche mit den KLVen über Belastungsobergrenze. Land gibt seit 2018 für Subventionierung von Schüler- und Azubi-Tickets 200 Millionen Euro an die Landkreise. Diese Mittel werden ab dem Jahr 2021 schrittweise angehoben.</p>	<p>Schulbeförderungskosten sind Lernmittel und müssen frei sein.</p> <p>Ticketfreier ÖPNV und Ausbau in der Fläche.</p> <p>Bus und Bahn in jedem Ort. Umsetzung des „Zielkonzept 2025 für den Schienenpersonennahverkehr in BW“.</p> <p>Erhalt von kleinen Schulen. Dasselbe gilt auch für Kita Standorte.</p>

Landesfamilienrat Baden-Württemberg – Auswertung (Synopsis) der Antwort der Parteien auf die Wahlprüfsteine

Erhalt und Ausbau der sozialen Infrastruktur		Grüne	CDU	SPD	FDP	Die Linke
	<p>Wie wollen Sie Familienbildung als wichtiges Förderinstrument systematisch fördern</p>	<p>Um junge Eltern und ihre neugeborenen Babys bestmöglich zu begleiten, haben wir in Baden-Württemberg das Landesprogramm STÄRKE neu aufgestellt.</p> <p>Auch mit anderen Angeboten der Elternbildung und der Frühen Hilfen setzen wir neue Impulse für die Familienbildung in den Kommunen und Landkreisen.</p> <p>Ziel ist es, Familien niedrigschwellig zu unterstützen, ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und alle Eltern zur Eigenverantwortung zu befähigen.</p> <p>Dafür haben wir als grün-geführte Landesregierung die Entwicklung einer „Rahmenkonzeption Familienbildung BW“ gefördert. Jetzt geht es uns darum, diese Schritt für Schritt umzusetzen.</p>	<p>Weiterentwickeltes Landesprogramm STÄRKE als guten Zugang.</p> <p>Förderung des Modellprojekts zur Umsetzung der Rahmenkonzeption Familienbildung BW</p>	<p>Stärkung der Zusammenarbeit des Landes mit den Kommunen und Trägern.</p> <p>Wohnortnahen Ausbau von Familien-/Eltern-Kind-Zentren weiterhin fördern und vorantreiben.</p> <p>Die Eltern-Kind-Zentren in Kitas sind Treffpunkte vorrangig für Familien mit Kindern unter drei Jahren. Sie sollen offene, unkompliziert nutzbare Angebote für Beratung und Austausch bieten.</p>	<p>Wir möchten das Landesprogramm STÄRKE so weiterentwickeln, dass es wieder allen Familien offensteht und den Weg zur Familienbildung weist.</p> <p>Es war aus Sicht der Freien Demokraten geradezu stigmatisierend, die Leistungen nur noch für einkommensschwache Familien vorzusehen.</p>	<p>Mütter-, Familien- und Communityzentren ausbauen und stärken. Als Anlaufstellen mit integrierten Kindertagesstätten und Angeboten für Senior*innen, Treffs für Jugendliche und Arbeitslose, Koordinierung von Nachbarschaftshilfe und günstigen Mittagstischen. Sie spielen eine zentrale Rolle für die Familienbildung.</p> <p>Soziale und kulturelle Angebote erhalten – auch in kleinen Orten. Frauenberatungs- und Hilfsstrukturen erhalten und ausbauen.</p> <p>Recht auf Weiterbildung und lebenslanges Lernen! Förderung generationenübergreifender Weiterbildungsangebote in allen Bereichen.</p> <p>Erhöhung der Landeszuschüsse für die Volkshochschulen. Tarifgebundene Gehälter für Lehrende in der Weiterbildung. Honorararbeitsverhältnisse dürfen nicht die Regel sein!</p>

Landesfamilienrat Baden-Württemberg – Auswertung (Synopsis) der Antwort der Parteien auf die Wahlprüfsteine

	<p>Absicht, Familienerholung zu stärken, um Familien zu entlasten?</p>	<p>Landesregierung hat Hilfsprogramm mit 1,7 Mio Euro geschaffen. Damit unterstützten wir Familienferienstätten, die in der BAG Familienerholung organisiert sind und ihren Sitz in BW haben.</p> <p>In den Einrichtungen der Familienerholung in BW können Familien wieder Kraft tanken und sich erholen.</p> <p>Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Familienerholung erhalten bleibt und ausgebaut wird.</p>	<p>Mit der Einführung eines Landeszuschusses für Familienerholungsmaßnahmen sollen Familienfreizeiten und Auszeiten für pflegende Angehörige ermöglicht werden.</p> <p>Um pflegende Angehörige zu entlasten, setzen wir uns für einen Ausbau des Angebots an Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflegeplätzen ein.</p> <p>Auch wenn wir mit zielgerichteten Förderprogrammen die Pflegeinfrastruktur im Land bereits bedarfsorientiert weiterentwickelt und wohnortnahe Pflegeangebote gestärkt haben, wollen wir diesen Weg weitergehen.</p>	<p>Wir steigen wieder in die gemeinnützige Familienerholung ein und schaffen mehr wohnortnahe Angebote für Ferienbetreuung.</p>	<p>Familienferienstätten bieten gute Angebote. Für die Instandhaltungs- oder Erneuerungsmaßnahmen wurde in den Staatshaushaltsplan ein entsprechender Titel aufgenommen. Darüber hinausgehende Leistungen könnten durch Umschichtung entwickelt werden.</p>	<p>Förderung und Unterstützung auch finanziell erhöhen, um Familien damit zu entlasten. Wir stellen uns dabei ähnlich Programm vor, wie es sie in Thüringen bereits gibt. Dort haben wir gemeinsam mit den Familienferienstätten ein Sonderprogramm entwickelt, aufgelegt und auch entsprechend finanziert. Dabei gibt es für die Familien selbst, finanzielle Zuschüsse für die Teilnahme an Familienerholungsangeboten.</p> <p>Gleichzeitig hat dort ein Landesprogramm Solidarisches Zusammenleben für Generation gestartet. Wir fordern die gleiche Form der Förderung und des Programms auch für Baden-Württemberg.</p>
	<p>Maßnahmenplanung gegen rechtsgerichtete und fremdenfeindliche Haltung?</p>	<p>Konsequent gegen jeglichen gewaltbereiten Extremismus.</p> <p>V.a. Rechtsextremismus und Hasskriminalität bedrohen freie und offene Gesellschaft ganz massiv. Rassismus und</p>	<p>Keine Aussagen im Antwortschreiben der CDU</p>	<p>Mehrsprachigkeit und kulturelle Sensibilität von der Kita über die Schule bis hin zur Ausbildung und Uni würdigen und fördern.</p> <p>Landesaktionsplan gegen Rassismus mit Expert*innen und Betroffenen.</p>	<p>Wir sprechen uns gegen Extremismus aller Art aus,</p> <p>FDP unterstützt Präventionskonzepte, hält angemessene Förderung für Aussteigerprogramme für erforderlich.</p>	<p>Antirassismus und Antifaschismus in der Landesverfassung verankern.</p> <p>Enquete-Kommission gegen rassistische Gewalt einrichten.</p> <p>Landesverfassung wird weltanschaulich neutral, Ethikunterricht als</p>

Landesfamilienrat Baden-Württemberg – Auswertung (Synopsis) der Antwort der Parteien auf die Wahlprüfsteine

		<p>gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegneten – mit einem ressortübergreifenden Aktionsplan gegen Rassismus,</p> <p>Rechtsextremismus und Hasskriminalität. Die einzelnen Maßnahmen betreffen sowohl Polizei und Justiz als auch die Zivilgesellschaft.</p> <p>Eine ausführliche Beschreibung des Aktionsplans finden Sie im Kapitel 13 „Inneres, Recht und Verfassung“ unseres Wahlprogramms zur Landtagswahl am 14. März 2021.</p>		<p>Formate entwickeln, um Dialog, Begegnung und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern.</p> <p>Antidiskriminierungsbeauftragte*innen ernennen, um die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle des Landes zu stärken.</p> <p>Vereine und Organisationen unterstützen, die sich für kulturellen oder religiösen Austausch und (post-)migrantische Interessen einsetzen. Diese Kooperationen wollen wir auch auf Unternehmen und Behörden ausweiten.</p> <p>Mit Nulltoleranz- Strategie konsequent gegen Hetze und Gewalt vorgehen.</p> <p>Wir wollen Staatsanwaltschaften mit dem Schwerpunkt „Rechtsextremismus“ einrichten, damit diese Grenze kontinuierlich überwacht wird, sowie ein universitäres Institut zur Erforschung rechtsextremistischer Strukturen in</p>	<p>Sofern Kinder und Jugendlichen in einem extremistischen Umfeld aufwachsen, ist es wichtig, dass Lehrkräfte und Erzieher solche Probleme frühzeitig erkennen und hier in einer kompetenten und geschulten Art Alternativen vermitteln.</p>	<p>Pflichtfach; Religionsunterricht freiwilliges Wahlfach.</p> <p>Land setzt sich dafür ein, im AGB Ausnahmeregelungen für Religionsgemeinschaften zu streichen</p> <p>Schutz vor Diskriminierung: Queere Menschen und Regenbogenfamilien in allen Bereichen schützen.</p> <p>Leitperspektive „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“ an den Schulen sicherstellen.</p> <p>Vom Kindergarten bis zur Hochschule muss Bildung inklusiv sein.</p> <p>Aufklärungskampagnen Aktive Antidiskriminierungspolitik in allen Ebenen des öffentlichen Diensts.</p> <p>Aufenthaltsrecht für illegallisierte Menschen schaffen.</p> <p>Förderung des muttersprachlichen Unterrichts in allen Schulformen. Zugang zu Integrations- und Sprachangeboten für alle.</p> <p>Stärkere Förderung sozialen, kulturellen und politischer Selbstorganisation von Menschen mit Migrationsgeschichte.</p>
--	--	--	--	--	--	--

Landesfamilienrat Baden-Württemberg – Auswertung (Synopsis) der Antwort der Parteien auf die Wahlprüfsteine

				Baden-Württemberg.“		
Kinderbetreuung weiter verbessern		Grüne	CDU	SPD	FDP	Die Linke
	<p>Schritte, um eine bedarfsrechte, qualitativ hochwertige und bezahlbare Kinderbetreuung zu sichern?</p>	<p>Kindertagesstätten bieten u.a. Hilfestellungen für Familien und Menschen aus der Nachbarschaft. Deshalb werden wir die Weiterentwicklung von Kitas zu Kinder- und Familienzentren intensivieren.</p> <p>Pakt für gute Bildung und Betreuung weiterentwickeln. Er hat wichtige Leitplanken für mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung geliefert:</p> <p>Natürlich trägt auch die bessere Bezahlung der Stellen zur Attraktivität des Berufsbilds bei.(?)</p> <p>PIA: Die Praxisorientierte Erzieher*innen-ausbildung als gutes Instrument für die Fachkräftegewinnung.</p>	<p>Wir setzen auf flexible, bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige Betreuungsangebote — orientiert an dem, was Familien wirklich wollen und brauchen.</p> <p>Förderung seit 2019 auf über 1 Milliarde Euro verdoppelt. Für die Betreuung der unter 3-jährigen steigt die Betriebskostenerstattung des Landes auf 1,160 Mrd.</p> <p>Qualitätsoffensive für das Schulsystem betrifft auch Handlungsfelder des Gute-Kita-Gesetzes.</p> <p>Gesamtkonzept „Kompetenzen verlässlich voranbringen“ (Kolibri) für sprachliche und elementare Förderung von Kindern ab 2 Jahren, 7 Monaten, stärkere Unterstützung der Inklusion durch</p>	<p>Erfolgreiche Bildung beginnt bereits im Kleinkindalter. Alle Einrichtungen brauchen, unabhängig vom Träger, verbindliche Qualitätsstandards und ein Qualitätsmanagementsystem.</p> <p>Wir streben daher einen verbindlichen Orientierungsplan an und den Ausbau der individuellen Förderangebote, insbesondere im Bereich der Sprachförderung. Die Umsetzung des Orientierungsplans ist aus Landesmitteln zu finanzieren,</p> <p>damit Qualität keine Frage der Finanzausstattung der Kommunen ist.</p> <p>Wir halten daran fest, Familien zu entlasten und die Kita-Gebühren abzuschaffen. Jede*r soll sich den Zugang zu</p>	<p>Einrichtungen der Kindertagesbetreuung sind auch Bildungseinrichtungen.</p> <p>Vielfalt der Angebotsformen ist es für die Eltern möglich, die individuell passende Betreuung zu finden.</p> <p>Wir treten für Wahlfreiheit und den Wettbewerb der Angebote ein.</p> <p>Wir werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> . gewährleisten, dass das Land seine Verantwortung für die Kindertagesbetreuung wahrnimmt und dabei den kommunalen, kirchlichen und freien Trägern jenes Maß an Gestaltungsfreiheit lässt, das ein vielfältiges Angebot möglich macht. . Betreuung durch Tageseltern als gleichwertig mit der Betreuung in einer Kindertagesstätte anerkennen und entsprechend bezuschussen. 	<p>Bildung ist ein Menschenrecht und Gemeinschaftsaufgabe. Deswegen fordern wir:</p> <p>Rechtsanspruch auf einen beitragsfreien Ganztagesplatz in Wohnortnähe ab dem ersten Lebensjahr.</p> <p>Erhalt von kleinen Schulen. Dabei helfen flexible Konzepte wie Schulverbünde und Filialen von benachbarten Schulen,</p> <p>Frühkindliche Bildungskonzepte, die nach wissenschaftlichen Standards erarbeitet und regelmäßig evaluiert werden.</p> <p>Rechtsanspruch auf einen Platz an einer Ganztageschule. Alle Schulen, die Ganztagschule werden wollen, sollen vom Land die nötigen Mittel für Umbau und Personal erhalten.</p> <p>Kostenfreie Mittagessen an allen KiTas und Schulen</p>

Landesfamilienrat Baden-Württemberg – Auswertung (Synopsis) der Antwort der Parteien auf die Wahlprüfsteine

			<p>mobile Fachdienste und Qualitätsbegleiter, Weiterentwicklung der Kooperation Kita-Grundschule, finanzielle und qualitative Stärkung der Kindertagespflege, Errichtung des „Forum Frühkindliche Bildung“ sowie Evaluation des Orientierungsplans. BW investiert seit 2019 bis zum Endausbau im Jahr 2024 bis 80 Mio. Euro jährlich.</p> <p>Frühkindliche Bildung weiter stärken. Grundlage: Orientierungsplan Er soll für alle Kindertageseinrichtungen und die Kindertagespflege verbindlich werden. Überprüfen und anpassen.</p>	<p>frühkindlicher Bildung leisten können. Auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf darf keine Frage des Einkommens sein. Dazu müssen auch genügend Plätze zur Verfügung stehen.</p> <p>Außerdem streben wir eine Ganztagsgarantie vom ersten Geburtstag bis zum letzten Schultag an. Wer Betreuung ganztägig braucht, soll sie auch bekommen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Kindertagespflege der institutionellen Kinderbetreuung gleichstellen und Rahmenbedingungen dafür schaffen. • auch über das Jahr 2022 hinaus eine angemessene Leitungszeit vorsehen • die Sprachförderung in den Kindertageseinrichtungen ausbauen und verbessern. • Vereinbarung mit den Kommunen anstreben, um den Orientierungsplan für eine frühe Bildung für verbindlich zu erklären. 	<p>Der Bund muss sich stärker an der Finanzierung der KiTas beteiligen</p>
	<p>Maßnahmen, um Fachkräftemangel entgegenzuwirken?</p>	<p>Zahl der Ausbildungsplätze weiter erhöhen. Anzahl der Klassen an den Fachschulen ausbauen.</p> <p>Träger erhalten Ausbildungspauschale pro Platz und Monat. Parallel dazu ist es notwendig, die Studierendenplätze für</p>	<p>Die praxisintegrierte Ausbildung führen wir konsequent fort. Die Träger unterstützen wir dabei, den Leiterinnen und Leitern ausreichend Leitungszeit zur Verfügung zu stellen. Die Kindertagespflege soll zukünftig eine gleichwertige</p>	<p>Dem Fachkräftemangel in der Kinderbetreuung begegnen wir insbesondere mit dem Aufbau von Studienplätzen sowie der praxisintegrierten Ausbildung (PiA). Die Kita muss ein attraktiver Arbeitsplatz mit fairen Rahmenbedingungen</p>	<p>Wir wollen vor allem in die Ausbildung weiterer pädagogischer Fachkräfte investieren.</p> <p>Das Modell der Praxisintegrierten Ausbildung (PIA) bietet dazu Anknüpfungspunkte.</p> <p>Auch könnten die Möglichkeiten der</p>	<p>Mehr Wertschätzung für den Erzieher*innenberuf. Sollte für alle Fachkräfte in der Sorgearbeit gelten.</p> <p>Daher: Ausbildungswege attraktiver gestalten, Belastungen reduzieren und Gehälter erhöhen.</p> <p>Einen Ausbau des beitragsfreien staatlichen</p>

Landesfamilienrat Baden-Württemberg – Auswertung (Synopsis) der Antwort der Parteien auf die Wahlprüfsteine

		<p>Kindheitspädagog*innen dringend auszubauen.</p> <p>Studienplatzkapazitäten im Bereich der Elementarpädagogik und vor allem die spätere Berufstätigkeit der Absolvent*innen überprüfen.</p> <p>Herausfinden, ob wir mehr Studienplätze benötigen oder ob es ausreichend Absolvent*innen gibt, diese aber in andere Tätigkeitsfelder abwandern. Wir brauchen einen guten Personalmix an den Kitas.</p>	<p>Säule der Kindertagesbetreuung sein.</p> <p>Der Pakt umfasst eine PIA-Offensive zur Gewinnung zusätzlicher Fachkräfte,</p>	<p>sein und das bedeutet: weniger befristete Arbeitsverträge, tarifliche Vereinbarungen bei allen Trägern, Entlastung bei nichtpädagogischen Arbeiten durch zusätzliches Personal und gute berufliche Perspektiven.</p>	<p>Weiterqualifizierung von Tageseltern zu Erzieherinnen und Erziehern verbessert werden, was im Interesse beider Gruppen liegen dürfte.</p>	<p>Ausbildungsplatzangebotes und eine faire Bezahlung der Auszubildenden</p> <p>· Eine Aufwertung des Erzieher*innenberufs durch gute Arbeitsbedingungen und eine angemessen vergütete Bezahlung.</p> <p>Das Land als Vorreiterin: soziale Berufe gehören höher eingruppiert!</p>
Bezahlbares generationengerechtes Wohnen fördern		Grüne	CDU	SPD	FDP	Die Linke
	Schritte, um die akute Wohnraumnot zu senken?	<p>In dieser Legislatur hat die grün-geführte Landesregierung ein Wohnraumförderprogramm mit jährlich 250 Millionen Euro gestartet.</p> <p>Ziel ist es, in den Kommunen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.</p>	<p>Gegenüber dem Bund setzen wir uns dafür ein, das Baukindergeld auch über den 31. März 2021 hinaus zu gewähren. Sollte sich der Bund hier nicht bewegen, werden wir ein Baukindergeld des Landes in Höhe von 1.200 Euro je Kind und</p>	<p>Die SPD macht Wohnen im Land bezahlbar für alle und plant schonend für das Klima. 30 Prozent des Einkommens für die Miete sind genug.</p> <p>Mietendeckel einführen. Er soll Kommunen erlauben, eine Mietobergrenze für Neuvermietungen sowie einen</p>	<p>Schaffung von neuem Wohnraum ist Kernanliegen der FDP. Mehr Investitionen in den Bau neuer Wohnungen. Anreize schaffen.</p> <p>Bauen günstiger und schneller machen. Dazu: Entschlackung der Landesbauordnung von unnötigen Auflagen, Ausweisung von neuem</p>	<p>Wohnen als Grundrecht! Den sozialen und barrierefreien Wohnungsbau massiv ausweiten, neue Wohngemeinnützigkeit einführen.</p> <p>Mietenstopp für sechs Jahre und mehr sozialer und barrierefreier Wohnungsbau</p> <p>Das Land muss tätig werden über eine</p>

Landesfamilienrat Baden-Württemberg – Auswertung (Synopsis) der Antwort der Parteien auf die Wahlprüfsteine

		<p>Besonders wichtig ist uns Grünen dabei, den Bau von Mietwohnungen zu fördern. Dafür sind im Programm jährlich über 180 Mio. Euro vorgesehen.</p> <p>Denn Mietwohnraum ist ein Stützpfiler des gesellschaftlichen Zusammenhalts.</p> <p>Wir wollen, dass alle Teile der Gesellschaft Zugang zu bezahlbarem Wohnraum haben – Alte und Junge, Menschen mit und ohne Behinderung, Zugezogene und Alteingesessene.</p>	<p>Jahr über einen Zeitraum von zehn Jahren einführen.</p> <p>Unser Ziel ist es darüber hinaus, dass die Steuerpflicht für den Ersterwerb von Wohneigentum entfällt.</p> <p>Des Weiteren ermäßigen wir die Grunderwerbsteuer von fünf auf 3,5 Prozent.</p>	<p>zeitlich begrenzten Mieterhöhungsstopp einzuführen.</p> <p>Kopflösen Flächenfraß beenden. Vorrangig versiegelte Flächen für bezahlbaren Wohnungsbau erschließen.</p> <p>Bis zum Jahr 2026 in BW 500 000 neue Wohnungen bauen. Dafür gründen wir die Landeswohnraumgesellschaft BWohnen.</p> <p>Positive Quartiersentwicklung und -gestaltung. Beratung und Austausch für Kommunen und Bauräger*innen werden gebündelt.</p>	<p>Bauland, Etablierung von Nachverdichtungsprogrammen sowie die Festschreibung höherer baulicher Dichten.</p> <p>Zur Förderung von Wohneigentum Grunderwerbsteuer auf 3,5 Prozent senken.</p> <p>Förderung neuer Wohnformen wie Mehrgenerationenhäusern und Seniorenwohngemeinschaften durch eine Verringerung von Vorschriften.</p> <p>Beim Erwerb von Wohneigentum einen Grunderwerbsteuerfreibetrag von 500.000 Euro einführen.</p>	<p>Landeswohnungsbaugesellschaft - Kommunen beim Wohnungsbau unterstützen.</p> <p>Bessere Förderung für Baugenossenschaften und soziale Projekte, die dauerhaft günstige Mieten anbieten. Kommunen sollen selber Höchstmieten festsetzen dürfen.</p> <p>Wohnbaufördermittel des Landes für neuen Wohnraum und den Bau von 15.000 Sozialwohnungen p.a. auf min. 250 Millionen Euro p.a. erhöhen.</p> <p>Die Modernisierungsförderung an Mietpreisbindung koppeln.</p>
	<p>Stärkung von Quartier und Sozialraum, um Kindern und Familien ein anregendes und förderliches Umfeld zu bieten?</p>	<p>Familien brauchen ein Zuhause. Mit der Strategie „Quartier 2020 – Gemeinsam. Gestalten.“ unterstützt das MSI Städte, Gemeinden, Landkreise und zivilgesellschaftliche Akteure*innen bei der alters- und generationengerechten Quartiersentwicklung.</p> <p>Es stellt Fördergelder und Beratung zur Verfügung. Ziel ist es,</p>	<p>Veränderten Familiensituationen sollte auch im Wohnungsbau Rechnung getragen werden. Es muss berücksichtigt werden, dass sich Familien - auch über mehrere Generationen hinweg - vermehrt in Wohnungen aufhalten, hier leben, arbeiten, spielen und gepflegt werden. Entsprechende Projekte</p>	<p>Wohnformen sollen den Zusammenhalt der Nachbar*innen stärken</p> <p>Die BWohnen trägt zu einer positiven Quartiersentwicklung und -gestaltung bei. Beratung und Austausch für Kommunen und Bauräger*innen werden gebündelt.</p>	<p>Eine aktive Quartiersgestaltung kann darüber hinaus eine wichtige Rolle spielen. Diese ist gemeinsam mit den Städten und Gemeinden weiterzuentwickeln und die bisherige Förderpolitik zu evaluieren.</p>	<p>Mehrgenerationen-Wohnprojekte und genossenschaftliche Pflegeprojekte durch ein Landesprogramm fördern.</p> <p>Stadt der kurzen Wege, sozial und nachhaltig.</p> <p>Mobilität für Alle: ticketfreier ÖPNV und Ausbau in der Fläche.</p> <p>Städte für Fußgänger*innen und Fahrräder.</p>

Landesfamilienrat Baden-Württemberg – Auswertung (Synopsis) der Antwort der Parteien auf die Wahlprüfsteine

		<p>lebendige Quartiere zu gestalten. Also Nachbarschaften, Stadtteile oder Dörfer, in die Menschen sich einbringen, Verantwortung übernehmen und sich gegenseitig unterstützen.</p> <p>Derzeit bereiten wir den Weg für die Fortführung der Strategie als Quartier 2030.</p>	<p>sollten gefördert werden.</p> <p>Wir wollen zudem, dass bei der Stadtplanung und im Wohnungsbau familienpolitische Fragestellungen eine höhere Beachtung finden.</p>			<p>Soziale und kulturelle Angebote erhalten – auch in kleinen Orten</p> <p>Jugendzentren ausbauen und erhalten</p> <p>Frauenberatungs- und Hilfsstrukturen erhalten und ausbauen</p>
Medienkompetenz - Bildung in einer digitalen Welt fördern		Grüne	CDU	SPD	FDP	Die Linke
	Digitale Infrastruktur schaffen und Medienkompetenz von Lernenden, Lehrenden und pädagogischen Fachkräften stärken und sichern?	<p>Medienbildung wurde mit den Bildungsplänen 2016 als eine von sechs übergeordneten Leitperspektiven verbindlich eingeführt. Gemeinsam mit den Schulträgern sorgen wir für eine leistungsfähige digitale Infrastruktur: Alle Schüler*innen und Lehrer*innen brauchen digitale Endgeräte. Die Schulen müssen mit Breitband und WLAN ausgestattet werden. Lernmanagement- und Lernplattform-Module sowie digitale Lehr- und Lernmaterialien</p>	<p>Medienkompetenz für Kinder und Eltern intensivieren</p> <p>Für alle Lehrer in BW bis 2023/2024 eine entsprechende Fortbildung sicherstellen.</p> <p>IT-Kenntnisse für Lehrkräfte im Rahmen der Aus- und Weiterbildung durch Fachleute berufsspez. vermitteln.</p> <p>Schülerinnen und Schülern kritische und selbstbestimmte Mediennutzung vermitteln sowie Grundlagen elektronischer Datentechnik.</p>	<p>Pädagogische Konzepte für digitalen Unterricht und gut ausgebildete Lehrer*innen sind die Voraussetzung für Schulen mit Zukunft.</p> <p>Hierfür werden wir ein breites Programm der Aus- und Weiterbildung für alle Lehrer*innen auf den Weg bringen. Lehrkräfte können so schnell und wirksam ihre Kompetenzen ausbauen.</p> <p>Wir werden dafür sorgen, dass jede Schule bis zum Jahr</p>	<p>Fortbildungsprogramme, etwa für Lehrer an Schulen durch Medienkompetenztage und für Hochschullehrer durch Kursangebote, stärken und bei den Bildungsträgern neue Weiterbildungsangebote fordern und fördern.</p> <p>Die Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern jeden Alters im Fachbereich Informatik und digitale Medien in Bildungseinrichtungen fördern. Hierbei soll unter anderem die gesellschaftliche Teilhabe im Vordergrund stehen.</p>	<p>Digitalisierung beginnt bei uns zentral bei den Bildungseinrichtungen und -institutionen:</p> <p>Gute Breitbandversorgung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in jedem Dorf.</p> <p>Basisinternetanschlüsse in jedem Haushalt und im öffentlichen Raum durch die öffentliche Hand</p> <p>verbindliche Standards für die digitale Schulausstattung und die Förderung von freien bereitgestellten digitalen Lehr- und</p>

Landesfamilienrat Baden-Württemberg – Auswertung (Synopsis) der Antwort der Parteien auf die Wahlprüfsteine

		<p>bereitstellen und bedarfsorientiert anpassen.</p> <p>Leitperspektive Medienbildung weiterentwickeln, Mediencurricula aufbauen, abgestimmt auf Schularten und Klassenstufen.</p> <p>Pädagogik der digitalen Bildung durch Didaktikmodule in der 1. + 2. Phase der Lehrerbildung stärken.</p> <p>Kohärentes Fortbildungskonzept in der 3. Phase, im Einklang mit den Mediencurricula und Medienentwicklungsplänen.</p>	<p>Verbraucher Broschüren an die Hand geben,</p> <p>Landesweite Verbraucherschutzbehörde soll Kompetenzen bündeln, Vollzug des Verbraucherschutzes effizienter gestalten und zentraler Ansprechpartner sein. Behörde nach Vorbild des EG-Verbraucherschutzdurchsetzungsgesetzes. Vorhandene Verwaltungsstrukturen sollen genutzt werden.</p>	<p>2023 über eine symmetrische 1-GBit/s-Datenleitung und flächendeckendes WLAN verfügt. Wir setzen uns für eine souveräne digitale Infrastruktur ein.</p>		<p>Lernmaterialien. Bund und Land-Programm</p> <p>Aus- und Fortbildungsinitiative zum digitalen, pädagogisch begleiteten und selbstständigen Lernen sowie zur Medienbildung.</p> <p>Medienpädagogische Ausbildungsteile in der Lehramtsausbildung</p> <p>Einkommensschwachen Haushalten eine subventionierte Grundversorgung mit kostenlosem Internet</p>
	<p>Wo werden - unterstützt von der Landesregierung - Grundfragen der Medienethik geklärt?</p>	<p>Fragen der Medienethik werden in Baden-Württemberg an zahlreichen Orten und aus verschiedenen Perspektiven betrachtet, bewertet und fortentwickelt. Ein Beispiel hierfür sind unsere Hochschulen. Konkret sei hier die Hochschule der Medien genannt, die die „10 Gebote der digitalen Ethik“ entwickelt hat. Darüber hinaus wird das Thema in der Initiative Kindermedienland sowie in den</p>	<p>Digitalisierung mit einem eigenständigen Ministerium mehr Gewicht innerhalb der Regierung beimessen.</p> <p>Hinweis auf Kindermedienland. Aktuell gibt das Land mehr als 1 Mio. Euro p.a. für Medienkompetenzprogramme. Ergänzt durch Aktivitäten und Projekte anderer Träger und Partner.</p>		<p>Sowohl im Medienbildungs- und Informatikunterricht an den Schulen als auch in der Lehreraus- und -fortbildung und der Weiterbildung im Bereich der digitalen Bildung müssen Fragen der Medienethik eine zentrale Rolle spielen.</p>	<p>Stärkung des öffentlichen Rundfunks: Die digitalen Angebote des SWR, insbesondere für junge Menschen, müssen ausgebaut werden. Der Landesrundfunkrat Baden-Württemberg muss jünger und migrantischer werden. die finanzielle Förderung freier Radios.</p> <p>Netzneutralität sichern</p> <p>Unterstützung von Lokalzeitungen</p>

Landesfamilienrat Baden-Württemberg – Auswertung (Synopsis) der Antwort der Parteien auf die Wahlprüfsteine

		Bildungsplänen im Fach Ethik behandelt. Die Landesregierung hat im Jahr 2019 zudem den medienpolitischen Kongress „Source“ ausgerichtet, der vor allem die Medienethik thematisiert hat.	Neben den Risiken der Mediennutzung geht es auch um Chancen des Umgangs mit den Medien. Das ist auch der richtige Rahmen und die richtige Plattform zur Klärung von Fragen der Medienethik.			Schutz von Persönlichkeitsrechten muss an erster Stelle stehen. Der Landtag und der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst muss regelmäßig mit Pädagog*innen und Medienwissenschaftler*innen zusammenkommen um solche Fragen zu erörtern
	Funktionierenden Kinder- und Jugendmedienschutz sichern?	Wir werden die Landesmedienanstalt Baden-Württemberg stärken. Wir wollen ihr mehr Rechte und Möglichkeiten geben, insbesondere im digitalen Bereich, damit sie den Kinder- und Jugendmedienschutz besser durchsetzen kann.	Verweis auf Kindermedienland. Sonst keine Aussage dazu	Mehr Engagement bei Jugendmedienschutz. Pädagogische Medienbildung stärken. Anstieg von Hassbeiträgen im Netz: klare Verantwortlichkeit der Anbieter gefragt. Flächendeckendes Konzept für Pädagog*innen, Eltern, Kinder und Jugendliche, um sie in die Lage zu versetzen, sich effektiv vor den Gefahren im Internet zu schützen.	Im Bereich des Kinder- und Jugendmedienschutzes halten wir eine bessere Abstimmung zwischen Bund und Ländern sowie die Stärkung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen für notwendig. Dazu gehört vor allem eine fundierte, ab Klasse 1 einsetzende Medienbildung, bei der der kritische Umgang mit digitalen Medien im Schulunterricht gestärkt wird.	Jugendschutz im Internet stärken und dabei gleichzeitig die freien Strukturen erhalten. Effektiver Jugendschutz durch Vermittlung von Medienkompetenz bei Eltern, Lehrkräften, Kindern und Jugendlichen. Flächendeckende medienpädagogische Angebote. Medienerziehung muss in allen Bildungseinrichtungen auf die Tagesordnung.

Stand: 12.02.2021

Rosemarie Daumüller